

128/AB XXI.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dipl. Ing. Schöggel, Dr. Graf, Dr. Grollitsch, Dr. Breitenfeld - Paphazy, Schender haben am 17. Dezember 1999 unter der Nr. 221/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Abbau des Atomreaktors in Seibersdorf gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 4, 8 und 9:

Diese Fragen betreffen Angelegenheiten, die in die federführende Zuständigkeit des Bundesministers für Wissenschaft und Verkehr fallen; ich verweise daher auf seine Ausführungen zu der gleichlautend an ihn ergangenen parlamentarischen Anfrage Nr. 228/J.

Zu Frage 5:

Soweit diese Frage Angelegenheiten des Strahlenschutzes betrifft, verweise ich auf die Zuständigkeit der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und

Verbraucherschutz; was die Frage des physischen Schutzes betrifft, verweise ich auf die Zuständigkeit des Bundesministers für Inneres.

Zu den Fragen 6 und 6a:

Grundsätzlich besteht ein Interesse des Bundes, nukleartechnisches Know-how in Österreich zu erhalten. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, daß in einem zunehmend integrierten Europa Beratungsleistungen von einer Vielzahl qualifizierter Unternehmungen unterschiedlicher fachlicher Spezialisierung erbracht werden können. Im Sinne des Gebotes der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit einerseits und im Lichte vergaberechtlicher Bestimmungen andererseits ist daher auch der Bund angehalten, dem Bestbieter - Prinzip Genüge zu tun.

Im übrigen verweise ich auf die Ausführungen des Bundesministers für Wissenschaft und Verkehr zur parlamentarischen Anfrage Nr. 228/J.

Zu den Fragen 7 und 7a:

Das Österreichische Forschungszentrum Seibersdorf hat sich bisher auch im Nuklearbereich erfolgreich an internationalen Forschungsprojekten beteiligt. Ich gehe davon aus, daß dies bei Beibehaltung dieses Geschäftsbereiches auch in Zukunft der Fall sein wird. Es liegt jedoch am Unternehmen selbst, einschlägige Projekte einzureichen. Wie auch in anderen Forschungsbereichen unterstützt die Bundesregierung Einreichungen österreichischer Forschungseinrichtungen im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten und sofern einschlägigen Qualitätskriterien entsprochen wird.

Im übrigen darf ich auch zu diesen Fragen auf die Beantwortung des Bundes -  
ministers für Wissenschaft und Verkehr zur parlamentarischen Anfrage  
Nr. 228/J verweisen.